



**Medienmitteilung des Referendums- und Abstimmungskomitees  
«Mediengesetz NEIN»,**

**Bundesmedienzentrum Bern, 5. Januar 2022:**

## **Raubzug auf die Staatskasse verhindern**

**Das Referendumskomitee «Mediengesetz NEIN» lanciert in Bern seinen Abstimmungskampf für die Volksabstimmung vom 13. Februar über das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien». Dabei streicht es heraus, dass die Hauptargumente der Befürworter falsch sind: Nicht die kleinen und mittleren Verlage profitieren von den neuen Subventionen, sondern die grossen. Rund 70 Prozent der neuen Subventionen gehen an die Konzernmedien. Zudem ist es Gift für die Demokratie, wenn die Medien vom Staat abhängig werden.**

«Wir hätten gerne einen staatspolitischen Abstimmungskampf geführt», betont Peter Weigelt, Präsident des Referendumskomitees, Medienunternehmer und alt Nationalrat, vor den Medien in Bern. Doch die Fake News der Befürworter hätten das Komitee nun gezwungen, die Kampagne auf die unnötige und schädliche Steuergeldverschwendung zu konzentrieren. Darum der Slogan: «Keine Steuermilliarden für Medienmillionäre». Weigelt weist detailliert nach, wie stark die marktbeherrschenden Medienkonzerne von den neuen Subventionen profitieren: Es sind rund 70 Prozent. Dies entlarve das Hauptargument der Befürworter als falsch. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden bewusst in die Irre geführt.



### **Ständerat Minder: «Börsenkotierte Firmen brauchen kein Steuergeld»**

Der parteilose Ständerat Thomas Minder, Mitglied des Referendumskomitees, Unternehmer und Vater der Abzockerinitiative, bezeichnet den Griff der reichen Verleger in die Staatskasse als «unverschämt». «Börsenkotierte Firmen und reiche Verleger brauchen definitiv kein Steuergeld», so Minder. Deshalb stimme er am 13. Februar mit Überzeugung für ein NEIN. Mit Steuergeldern die Dividenden von Millionären, Milliardären und Aktionären zu erhöhen, das gehe gar nicht. «Ich bin überzeugt, dass dies nicht nur die bürgerlichen, sondern auch viele linke Stimmbürgerinnen und Stimmbürger so sehen», sagt Minder.

### **Gewerbeverbandsdirektor Bigler: Marktverzerrung verhindern**

Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands und ehemaliger Nationalrat, lehnt das Mediengesetz im Namen von Gewerbe und Wirtschaft ab, «weil es den Markt verzerrt und andere Branchen diskriminiert». Lebensmittelhändler und Logistiker bekämen auch kein Steuergeld, um ihr Geschäft zu betreiben. Bigler betont ausserdem, dass die Eidgenössische Wettbewerbskommission das neue Mediengesetz als «verfassungswidrig» beurteilt und empfohlen hat, die gesamte Vorlage zu streichen. Dies müsse nun das Volk tun und am 13. Februar das «Massnahmenpaket» an der Urne versenken.

### **«Unsozial und jugendfeindlich»**

Als Vertreterin der jungen Generationen macht die Rechtsstudentin Evelyn Motschi, Mitglied des Referendumskomitees und der Jungfreisinnigen, darauf aufmerksam, dass die Jungen und weniger begüterten Bürgerinnen und Bürger durch das neue Mediengesetz benachteiligt werden. «Wir Junge beziehen unsere Informationen aus dem Internet, und die wenigsten können oder wollen dafür bezahlen.» Indem aber ausschliesslich Bezahlmedien subventioniert und Gratismedien gezielt diskriminiert würden, schliesse das neue Mediengesetz die Jungen aus. «Das ist unsozial und jugendfeindlich», so Motschi.



### **«Der Fall Ringier darf nicht Schule machen»**

Wie verheerend die Wirkung staatsabhängiger Medien sei, zeige sich aktuell am Fall «Ringier», sagt Philipp Gut, Geschäftsführer des Referendumskomitees, Kommunikationsberater und Journalist. Ringer-CEO Marc Walder hatte den Ringier-Medien weltweit Regierungstreue in der Corona-Politik verordnet, wie Gut im «Nebenspalter» enthüllte. «Das ist Gift für die Demokratie», kommentierte darauf der «Tages-Anzeiger», und zerstöre die Glaubwürdigkeit des Journalismus. Für das Referendumskomitee ist deshalb klar: Der Fall Ringier darf nicht Schule machen. «Auch deshalb braucht es am 13. Februar ein klares NEIN zur unnötigen und schädlichen Staatsfinanzierung der Medien», unterstreicht Gut.

### **Kontakt:**

Peter Weigelt

Präsident Referendumskomitee

E-Mail [peter@weigelt.ch](mailto:peter@weigelt.ch)

Dr. Philipp Gut

Geschäftsführer

E-Mail [info@medien-massnahmenpaket-nein.ch](mailto:info@medien-massnahmenpaket-nein.ch)

Tel. 079 796 15 19